

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Jürgen Lemmer 563 2679 563 8576 juergen.lemmer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	02.11.2021
	Drucks.-Nr.:	VO/1565/21 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
11.11.2021	Hauptausschuss	Entscheidung
16.11.2021	Rat der Stadt Wuppertal	-----

Bürgerantrag hinsichtlich der Missstände bei der Ausländerbehörde Wuppertal		

Grund der Vorlage

Bürgerantrag

Beschlussvorschlag

Der Bürgerantrag wird zurückgewiesen.

Einverständnisse

Unterschrift

Dr.Kühn

Begründung

Seit 2015 hat die die Ausländerbehörde mit erheblichen Personalengpässen zu kämpfen. Es hat in den letzten Jahren einen erheblichen Anstieg der Kunden*innen auf fast 75.000 Menschen gegeben. Zu dem hat sich die Zusammensetzung der eingewanderten Menschen erheblich geändert. Waren es in Vergangenheit mehrheitlich Menschen mit einem dauerhaften Aufenthalt, die nur alle 10 Jahre vorsprechen mussten, die das Geschäft der Ausländerbehörde bestimmten, so sind es heute Menschen mit einem befristeten Aufenthalt. Vorsprachen alle 6 Monate bis maximal alle drei Jahre bestimmen damit das Bild.

In Verbindung mit einem Aufenthaltsgesetz, das deutlich komplexer geworden ist, hat sich damit eine Arbeitssituation ergeben, die kaum noch von den Mitarbeiter*innen zu leisten ist. Obwohl in den letzten Jahren die Stellenzahl verdoppelt wurde, fehlt es in erheblichen Maßen an Fachpersonal. Nach der in Teilen erfolgreichen Gewinnung von Mitarbeiter*innen gilt es nunmehr, diese Kräfte sowohl im Verwaltungs-, als auch Aufenthaltsrecht zu schulen. Des Weiteren soll die Digitalisierung vorangetrieben werden und erhebliche Entlastungen bringen. Als Basis hierfür wurde in den letzten Tagen ein neues Aufenthaltsprogramm installiert. Die nächsten Schritte werden ab 2022 folgen.

Über die derzeitige Situation, die Herausforderungen und die jetzigen Maßnahmen der Verwaltung wird der Integrationsausschuss fortlaufend informiert. Zuletzt ist dies ausführlich in der letzten Sitzung des Ausschusses im August dieses Jahrs erfolgt und der Ausschuss erwartet auch in seiner nächsten Sitzung eine ausführliche Information.

Die aufgestellten Forderungen im Bürgerantrag würden das Fachkräfteproblem der Ausländerbehörde nicht lösen.

Zurückgewiesen werden die pauschale Unterstellung, dass es nach 2015 ein Klima des Misstrauens seitens der Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde gebe. Der Antragsteller unterscheidet hier offensichtlich nicht zwischen den gesetzlichen Verschärfungen, die insbesondere zwischen 2016 und 2018 vorgenommen wurden und der Haltung der Mitarbeiter*innen.

Es besteht eine intensive Zusammenarbeit der Ausländerbehörde den Migrationsberatungsstellen, den Migrationsorganisationen, Flüchtlingsinitiativen und vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Ein runder Tisch wird nicht benötigt.

Klimacheck

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

neutral /nein

ja, positive Auswirkungen

ja, negative Auswirkungen

Begründung: